

Mit der Kavallerie hatte der frühere Finanzminister Steinbrück der Schweiz wegen des Streits um Schwarzgeldsünder einst gedroht. Nun ist ein Abkommen fertig, Handel mit Daten-CDs darf es nicht mehr geben. Finanzstaatssekretär Koschyk findet das in Ordnung so.



Das Ende der Steuersünder-CDs mit brisanten Daten ist gekommen. Foto: dpa

Steuersünder können sich ehrlich machen

Berlin erhofft sich Milliardenereinnahmen von Schweiz-Abkommen – Banken überweisen künftig Abgeltungssteuer

BERLIN/BERN

Vom neuen Abkommen mit der Schweiz erhofft sich der deutsche Fiskus Milliardenereinnahmen.

Warum wurde das neue Steuerabkommen nötig?

Das von Bundesbürgern illegal auf Schweizer Bankkonten geparkte und unbesteuerte Milliarden-Vermögen ist Deutschland seit Jahrzehnten ein Dorn im Auge. Die Schweiz will mit solchen Steuerabkommen – auch mit anderen Ländern – ihr Negativimage loswerden, als Steueroase am Pranger zu stehen.

Um wieviel deutsches Schwarzgeld auf Schweizer Bankkonten geht es?

Keiner weiß genau, wie viel Geld die Deutschen heimlich über die Grenze geschafft haben. Die Schweiz pocht auf ihr Bankgeheimnis. Die Schätzungen schwanken zwischen 100 und 300 Milliarden Euro. Es ist daher völlig offen, welche Einnahmen Bund, Länder und Kommunen am Ende kassieren werden aus einer Besteuerung von altem Schwarzgeld und künftigen Erträgen.

Wie wird mit den umstrittenen „Alt-fällen“ umgegangen?

Anleger können ihr unbesteuertes Vermögen bei eidgenössischen Banken nachversteuern – entweder anonym über eine einmalige Nachzahlung oder über Offenlegung ihrer Konten. Die strafbefreiende Selbstanzeige ist weiter ein Weg zurück zur Steuerehrlichkeit.

Wie hoch fällt diese einmalige Nachbesteuerung aus?

Die Steuersätze bewegen sich zwischen 19 und 34 Prozent. Zur Berechnung werden Dauer der Kundenbeziehung sowie Anfangs- und Endbetrag des Kapitals zugrunde gelegt. Vermutlich geht es um den Zeitraum seit dem Jahr 2000. Bei einer Nachbesteuerung wäre das Alt-Vermögen legalisiert. Dies gilt aber nicht, wenn das Vermögen auf verbotener Weise angehäuft wurde oder wenn vor Unterzeichnung des Abkommens die Behörden Anhaltspunkte für nicht versteuerte Vermögenswerte hatten.

Und wer weiter als Steuerbetrüger entdeckt bleibt?

Der müsste sich neue Steueroasen auf der Welt suchen und sein Geld vor Inkrafttreten des Abkommens aus der Schweiz abziehen. Wer erklärt, dass er weder eine pauschale noch eine individuelle Nachversteuerung möchte,

Tagesthema

Steuerabkommen

muss seine Konten und Depots in der Schweiz schließen. Die Schweiz wird darüber Daten zur Verfügung stellen. Kunden sollen innerhalb von zwei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens von ihren Schweizer Banken informiert werden.

Welche Einnahmen sind aus der Nachbesteuerung möglich?

„Als Zeichen des guten Willens“ leisten Schweizer Banken zumindest eine Vorauszahlung von zwei Milliarden Schweizer Franken (aktuell gut 1,93 Milliarden Euro). Diese Vorauszah-

lung wird dann mit weiteren Einmalzahlungen verrechnet, die natürlich deutlich höher ausfallen können. Spekuliert wurde zuvor über eine Garantiezahlung der Banken von zehn Milliarden Franken, was aber wohl nicht durchsetzbar war.

Was gilt für künftige Kapitalerträge deutscher Bankkunden?

Sie sollen in der Schweiz ebenfalls einer Abgeltungssteuer unterliegen. Der Satz entspricht mit 26,375 Prozent der deutschen Abgabe einschließlich des Solidaritätszuschlages. Kapitalerträge werden also gleich stark besteuert. Das Geld wird an Deutschland überwiesen.

Was sagen Kritiker?

Sie monieren, dass sich Schwarzgeld-Täter anonym „reinwaschen“ können. Die SPD kritisiert, Steuergerechtigkeit werde den Interessen der Schweizer Banken und ihrer straffälligen Kunden geopfert. Abwegig sei, dass ausgerechnet Schweizer Banken, die Kunden bei der Steuerhinterziehung unterstützen, die Steuer einziehen. dpa

INTERVIEW

„CD-Ankauf wird überflüssig“

BAYREUTH/BERLIN. Ein zweistelliger Milliardenbetrag stünde der deutschen Staatskasse aus Schweizer Schwarzgeld eigentlich zu, schätzt die Steuergewerkschaft. Nur zwei Milliarden sollen nach dem neuen Steuerabkommen im übernächsten Jahr fließen. Peter Rauscher befragte dazu den aus Bayreuth stammenden parlamentarischen Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Hartmut Koschyk (CSU).

Frage: Lässt sich Deutschland von der Schweiz mit Peanuts abspesen?

Hartmut Koschyk: Wir wollen mit der Schweiz ein neues Kapitel aufschlagen, was die Steuerehrlichkeit betrifft. Die Schweiz hat erkannt, dass das für ihre Zukunft als Finanzplatz unerlässlich ist. Unversteuerte Kapitaleinkünfte müssen künftig mit 19 bis 34 Prozent nachversteuert werden. Jeder Steuersünder kann sich auch selbst anzeigen und damit straflos bleiben. In Zukunft wird die Schweiz außerdem gezielt Informationen liefern.

Frage: Aber nochmal gefragt: Bekommt Deutschland nicht zu wenig?

Koschyk: Nein, was die Schweizer Banken überweisen, ist eine Vorauszahlung. Haushaltstechnisch lohnt sich das Abkommen auf jeden Fall. 2003 hatte der damalige SPD-Finanzminister Hans Eichel ein Gesetz auf den Weg gebracht, das eine weltweit geltende Strafbefreiung für deutsche Steuersünder vorsah: Damals hatte man mit Mehreinnahmen von fünf Milliarden Euro gerechnet, tatsächlich flossen aber nur 1,4 Milliarden Euro. Nach unserem neuen Abkommen werden wir allein aus der Schweiz 2013 zwei Milliarden Euro erhalten.

Frage: Ist der deutsche Staat nicht zu lasch gegenüber Steuersündern?

Koschyk: Wir verschärfen noch einmal das Geldwäschegesetz und schließen neue Doppelbesteuerungsabkommen mit allen Ländern. Es gibt nahezu keinen sicheren Platz mehr für Steuersünder. Die Steuerparadiese der Welt werden ausgetrocknet.

Frage: Was halten Sie davon, dass nach dem neuen Abkommen keine Steuer-CDs mehr aus der Schweiz gekauft werden dürfen?

Koschyk: Die neuen Verfahren machen einen Ankauf künftig überflüssig, weil die Schweiz Auskünfte erteilen wird. Das betrifft übrigens nicht die bereits laufende Auswertung schon gekaufter Datenträger.



Hartmut Koschyk

HINTERGRUND

Gekaufte CDs und ertappte Betrüger

Über die Gesamtsumme deutschen Schwarzgelds auf Schweizer Bankkonten gibt es nur grobe Schätzungen. Danach sollen dort mehr als 20 Milliarden Euro vor dem deutschen Fiskus versteckt sein. Steuersünder aus Deutschland flogen aber nicht nur in der Schweiz auf. Drei Beispiele:

► **Juni 2010:** Nach monatelangen Diskussionen kaufen der Bund und Niedersachsen für 185 000 Euro eine Steuersünder-CD mit rund 20 000 Datensätzen aus der Schweiz. Die Angaben zu Namen und Konten der Steuerbetrüger sind von den Anbietern illegal beschafft worden. Die Deutsche Steuergewerkschaft rechnet damit, dass Steuernachzahlungen in Höhe von mehr als 500 Millionen Euro fällig werden. Zuvor hatte bereits Nordrhein-Westfalen eine Steuer-CD gekauft und soll dafür gemeinsam mit dem Bund rund 2,5 Millionen Euro bezahlt haben. Die Ankäufe lösen in Deutschland eine Welle von Selbstanzeigen unter Steuerflüchtlings aus und beschern den Finanzämtern Mehreinnahmen im dreistelligen Millionenbereich.

► **Februar 2008:** Post-Chef Klaus Zumwinkel tritt wegen Steuerbetrugs zurück. Für 4,5 Millionen Euro hatte ein Ex-Mitarbeiter der Liechtensteiner Bank LGT dem Bundesnachrichtendienst zuvor brisante Bankdaten verkauft. Wegen Hinterziehung von knapp einer Million Euro Steuern wird Zumwinkel im Januar 2009 zu einer zweijährigen Bewährungsstrafe und einer Geldbuße von einer Million Euro verurteilt. Hunderte weitere Deutsche geraten in Verdacht. Im Zuge der Affäre kassierte der deutsche Staat mindestens 200 Millionen Euro an Straf- und Nachzahlungen. Bereits Ende der 90er Jahre waren Bankdaten aus Liechtenstein bei Ermittlern gelandet und hatten Verfahren ausgelöst. 2009 unterzeichnen Liechtenstein und Deutschland ein Abkommen über die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch in Steuerfragen.

► **Januar 2000:** Der frühere hessische Landeschef und Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU) gesteht schwarze Konten in der Schweiz ein. Bereits 1983 wurden darauf rund 20 Millionen Mark (10 Millionen Euro) transferiert. Im Februar gibt Regierungschef Roland Koch (CDU) zu, die Öffentlichkeit belogen zu haben und verspricht „brutalstmögliche Aufklärung“. Die CDU hatte zuvor behauptet, sie habe durch Vermächtnisse jüdischer Emigranten aus dem Ausland mehrere Millionen Mark erhalten. Die Partei räumt auch ein, dass die Vermögensverwaltung der Schweizer Konten 1993 auf eine Stiftung in Liechtenstein übergegangen ist. Kanther legt sein Bundestagsmandat nieder. 2007 wird er wegen Untreue zu einer Geldstrafe verurteilt. dpa

Das Ende der Steuerparadiese

